



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2018/2538

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-neu

Dezernat/Fachbereich/AZ

19.10.18

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Kinder- und Jugendhilfeaus- schuss	08.11.2018	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesund- heit und Senioren	12.11.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk I	19.11.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk II	20.11.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadt- bezirk III	22.11.2018	Beratung	öffentlich
Finanz- und Rechtsausschuss	26.11.2018	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.12.2018	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.10.18

Anlage/n:

2538 - Antrag

SPD-Fraktion • Dhünstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 17. Oktober 2018
jf/F.4-173

Ergänzungsantrag zur Vorlage 2018/2363: Kommunale Sicherheit neu gedacht - Projekte und Ideen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

- 1. Neben den in der Vorlage 2018/2363 genannten Einrichtung von „Ordnungspartnerschaften“ wird die Verwaltung beauftragt, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstrukturen, Bedürfnisse und Problemlagen in den einzelnen Bezirken die Strukturen und die Präsenz des Ordnungsdienstes unmittelbar in den Stadtteilen zu stärken.**
- 2. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt bei den weiteren Schritten zur Einrichtung des Kriminalpräventiven Rates dafür Sorge zu tragen, dass alle Bereiche der Kriminalprävention, sowohl primäre, sekundäre als auch tertiäre Kriminalprävention ausreichend Beachtung finden.**
- 3. Die Verwaltung wird darüber hinaus, in Abstimmung mit dem Kriminalpräventive Rat, beauftragt, ein integriertes Handlungskonzept für mehr Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und soziale Hilfsangebote in Leverkusen zu entwickeln. Nicht alle Probleme im öffentlichen Raum lassen sich mit den Mitteln des Ordnungsrechts lösen. Angefangen bei der Sauberkeit bis hin zur aufsuchenden Hilfe im sozialen Bereich. Deshalb sollen die relevanten Institutionen und Träger (Bundes- und Landespolizei, Ordnungsamt, Feuerwehr, Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Rettungs- und Sanitätsdienste etc.) einbezogen sowie bereits bestehende oder in Erstellung befindliche Einzelkonzepte eingearbeitet werden. Ziel ist es die Situation nicht nur für einzelne Sicherheitsaspekte zu verbessern, sondern flächendeckend und unterjährig eine Verbesserung der Situation insgesamt in Leverkusen unter Berücksichtigung der örtlichen Problemlagen zu erreichen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob und in welchem Umfang vorhandene Formate fortgeführt bzw. ausgebaut werden können.**
- 4. Die Verwaltung wirkt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hin, dass die polizeibehördliche Versorgung in Leverkusen verbessert wird und weist auf Problemfelder analog zu Punkt 1 dieses Antrages hin.**

Begründung:

Die Einrichtung eines kriminalpräventiven Rates und von Ordnungspartnerschaften in Leverkusen ist ein Schritt in die richtige Richtung. An einigen Stellen gibt es aber Bedarf für Nachbesserungen und Klärung der Zielrichtung.

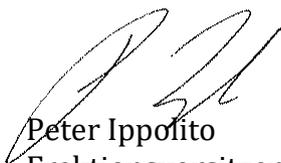
Viele Menschen sind verunsichert, auch wenn sie bisher nicht unmittelbar Opfer von Kriminalität geworden sind. Hierdurch wird deutlich, dass dem subjektiven Sicherheitsempfinden in gleicher Weise Rechnung zu tragen ist wie der objektiven Sicherheitslage. Das subjektive Sicherheitsempfinden orientiert sich nicht an Kriminalitätsstatistiken, sondern basiert auf der persönlichen Wahrnehmung und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebensumfeld. Dabei spielen auch Angsträume oder vermüllter und verwahrlost wirkender Straßenraum eine Rolle. Allein eine Intensivierung der Kontrollen und Ahndungen von Verstößen kann keinen nachhaltigen und positiven Wandel bewirken. Maßnahmen der sozialen Hilfen und Verbesserung des Straßenbildes, z.B. durch Verstärkung von Reinigungsleistungen oder der Versorgung mit öffentlichen Mülleimern, müssen mit den ordnungsrechtlichen Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Erforderlich ist deshalb ein gesamtheitliches Konzept zur Steigerung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfinden unter Einbeziehung und Vernetzung aller maßgeblichen Beteiligten. Die Entwicklung eines solchen Konzeptes sollte erste Priorität eines kriminalpräventiven Rates sein.

Ein Kernelement ist die Stärkung der Präsenz von Ordnungsdienstkräften auf den Straßen und Plätzen. Es muss gewährleistet sein, dass störendes Verhalten konsequent geahndet und Missstände im öffentlichen Raum nachhaltig beseitigt werden. Die Maßnahmen dürfen sich nicht allein auf den Innenstadtbereich konzentrieren, sondern müssen die Stadtteile miteinbeziehen. Gerade auch dort erleben die Bürgerinnen und Bürger Unsicherheit. Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist stets darauf zu achten, dass sozial benachteiligte Menschen in Leverkusen nicht aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Repressive Maßnahmen dürfen nicht an die Stelle von Hilfsangeboten treten oder diese konterkarieren. Vielmehr müssen sich die maßgeblichen Akteure vernetzen, unmittelbare Kommunikationswege geschaffen bzw. ausgebaut sowie Hilfsangebote angepasst werden.

Daher muss der städtische Ordnungsdienst unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstrukturen, Bedürfnisse und Problemlagen in den einzelnen Bezirken die Strukturen und die Präsenz des Ordnungsdienstes unmittelbar in den Stadtteilen gestärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Heike Bunde
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Dirk Löb
Stellv. Fraktionsvorsitzender